

Dem Buch und seinem Autor ist zu wünschen, dass es seine Zielgruppe erreicht. Es vermittelt interessante, oftmals auch unbekannte Details aus dem Leben (chemals) prominenter baden-württembergischer Politiker und vermag in seinen lebendigen, anschaulich erzählten biographischen Porträts zu zeigen, dass Politiker keineswegs aalglatt sein müssen, sondern in der Regel ganz normale und sympathische Menschen sind. Damit ist heutzutage – angesichts der stellenweise grassierenden Politikerverachtung – schon viel gewonnen. Für die politische Bildung junger – und auch älterer – Erwachsener kann der Band also durchaus empfohlen werden. Für wissenschaftliche Zwecke dagegen ist es nur von begrenztem Wert – aber dies, war auch nicht der Anspruch des Autors.

Patrick Horst

Parlamentarische Kontrolle von EU-Angelegenheiten: differenziertes Bild aus Wissenschaft und Praxis

Eberbach-Born, Birgit, Sabine Kropp, Andrej Stuchlik und Wolfgang Zeh (Hrsg.): Parlamentarische Kontrolle und Europäische Union (Studien zum Parlamentarismus, Bd. 19), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2013, 448 Seiten, € 69,-.

Parlamentarische Kontrolle ist, so *Wolfgang Zeh*, „ein Teil der Mechanismen, mit denen jene Hemmung und Begrenzung staatlicher Macht gewährleistet werden soll“ (S. 5). Sie zählt für *Birgit Eberbach-Born* und *Sabine Kropp* „zu den Kernfunktionen von Parlamenten in modernen Demokratien“ (S. 13). Kontrolle ist umso wichtiger, je mehr die Gesetzgebung an Bedeutung verliert, so *Sven T. Siefken* (S. 50). So lag es nahe, die Funktion der Kontrolle von Europasachen auf den Ebenen der EU, der Mitgliedstaaten und Regionen zu behandeln. Dazu dienen in vier Abschnitten 17 Aufsätze von 19 Wissenschaftlern und Praktikern: fünf Lehrstuhlinhaber, je sieben wissenschaftliche Mitarbeiter und wissenschaftlich tätige Praktiker.

Ins Thema führen *Wolfgang Zeh* sowie *Birgit Eberbach-Born* und *Sabine Kropp* ein. Im Abschnitt Konzepte und Problemdimensionen präsentieren *Werner J. Patzelt* Begriffe, Leitgedanken und Erscheinungsformen parlamentarischer Kontrolle, *Sven T. Siefken* ein Konzept für vergleichende Analyse und *Gabriele Abels* Gedanken zu parlamentarischer Kontrolle im EU-Mehrebenenparlamentarismus, wobei der Fokus „nicht auf einzelnen Parlamenten, sondern auf der Europäisierung des Parlamentarismus“ liegt (S. 81). Im umfangreichen Abschnitt zum Bundestag behandeln *Sven Hölscheidt* die Kontrolle der Euro-Krise, *Fabian Schulz* und *Markus Broich* den „Bericht zweier Praktiker aus dem Maschinenraum der Zusammenarbeit von EP und Deutschem Bundestag“ (S. 134), *Kristin Rohleder* und *Ulrich Schöler* die Herausforderungen für den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestags, *Sabine Kropp* Information und Kontrolle im Parlament, *Danny Schindler* und *Sven T. Siefken* die Wahlkreisarbeit als Teil parlamentarischer Kontrolle sowie *Daniel Rölle* die Einstellung der Bevölkerung zu Bundestag und Europäischem Parlament.

Der Abschnitt zu den Landtagen bringt Aufsätze von *Werner Reutter* zur Transformation des „neuen Dualismus“, nämlich parlamentarische Kontrolle, Gewaltenteilung und EU,

Birgit Eberbach-Born zur Unterrichtung und Beteiligung der Landtage in EU-Sachen sowie von *Annegret Eppler* zur Stärkung der Kontrollen durch Zusammenarbeit der Parlamente. Im letzten Abschnitt, der Europäisierung und Vergleich gewidmet ist, geht es um das Europaparlament als Hoffnungsträger der Kontrolle (*Alexandra Schmid*), Besonderheiten in den skandinavischen Mitgliedstaaten (*Jonas Buche*) und den mittelosteuropäischen Staaten (*Aron Buzogány*) sowie um den Vergleich von Frankreich und Vereinigtem Königreich bei Europäisierung und Kontrolle (Mitherausgeber *Andrej Stuchlik*).

Das Buch will zu den „keineswegs linearen, einander teilweise zuwiderlaufenden, sich überschneidenden und einander bedingenden Entwicklungen eine Bestandsaufnahme der Erscheinungsformen parlamentarischer Kontrolle in der Europäischen Union“ vorlegen (*Birgit Eberbach-Born* und *Sabine Kropp*, S. 19). Doch geben sie zu bedenken, ob es sich in Europa nicht eher um einen Wandel zentraler Parlamentsfunktion handelt und weniger um einen Niedergang des Parlamentarismus. Ob privatisierte Normsetzung, Globalisierung, weitreichende Privatisierung und Deregulierung durch liberale Politiken der vergangenen Jahrzehnte – nicht alle Kontrollverluste seien „Europa“ zuzurechnen (S. 14 f.). Tatsächlich erstaunt, wie wenig das Bundesverfassungsgericht, das die Maßstäbe bestimmt, „an denen es die Kontrollmaßnahmen des Bundestags rechtsverbindlich misst“ (*Sven Hölscheidt*, S. 105), etwa zum Haushaltsrecht der Parlamente (S. 117), die PPP-Projekte problematisiert oder wie es jüngst Rüstungsindustrie und Bundesregierung bei der Kontrolle der Rüstungsexporte privilegierte.

Die Beiträge von 2013 konnten die veränderten Verhältnisse durch die Große Koalition mit sehr kleiner Opposition und den Paradigmenwechsel seit der EP-Wahl nicht berücksichtigen. Deutlich wird dies bei *Werner J. Patzelt*. Das Europaparlament sei machtvoller parlamentarischer Mitgestalter geworden, versäume aber auch ob „fehlender Willensstärke, sich mit den immerhin verfügbaren Mitteln wirklich auf Konflikte mit den Inhabern von Regierungsmacht einzulassen“ (S. 30); auch fehle es an einer Opposition. Tatsächlich besteht heute die klare Trennung von schwarz-roter Mehrheit sowie europaskeptischen und -feindlichen Fraktionen, die *Sabine Kropp* in Form der AfD noch nicht im Blick haben konnte (S. 184). Das EP erzwang nach dem verlangten Wahlkampf um den Kommissionspräsidenten (dies vorschlagend *Daniel Rölle*, S. 248), *Jean-Claude Junckers* Wahl gegen den Willen des Rats, vor allem *Angela Merkels*, die einen pflegeleichtesten Kommissionspräsidenten wollte; so werden der Kampf der Spitzenkandidaten und die Wahl des Siegers die nächste EP-Wahl bestimmen. Erstaunlich ist *Werner J. Patzels* Vorschlag gleichen Stimmgewichts zur Wahl des Europaparlaments (S. 38); es widerspräche Wahltraditionen großer Mitgliedstaaten und ähnelte nach der Größe dem chinesischen Volkskongress. Der Paradigmenwechsel relativiert auch manch andere Aussage zur Funktion des Europäischen Parlaments, von Karlsruhe „zu einem Parlament zweiter Klasse“ herabgesetzt (*Fabian Schulz* und *Markus Broich*, S. 133). Während *Gabriele Abels* zutreffend deutlich macht, es sei durch Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens im Lissabon-Vertrag weitgehend mit dem Rat gleichberechtigter Unionsgesetzgeber geworden (S. 80), meint *Alexandra Schmid*, Entscheidungen würden zunehmend im Rahmen informeller Gipfel der Staats- und Regierungschefs getroffen (S. 344).

Zentral ist die Kontrolle der Europapolitik der Regierungen, auch durch verbesserungsbedürftige Information über Vorhaben der europäischen Organe. So lehnten die Bundestagsausschüsse mehrfach Stellungnahmen zu EU-Dokumenten ab, die nur auf Englisch vorlagen. Es geht um die schwierige Subsidiaritätskontrolle durch die Parlamente, die „sehr

unterschiedlich aktiv sind“ (*Gabriele Abels*, S. 94) sowie um geringes Engagement der Abgeordneten in der Europapolitik, da sie den Wählern oft unbedeutend erscheint (*Gabriele Abels*, S. 86; *Sabine Kropp*, S. 187; *Werner Reutter*, S. 277; *Birgit Eberbach-Born*, S. 312). Wichtig ist *Birgit Eberbach-Borns* Forderung, die Regierungen in Bund und Ländern durch die Parlamente zu mandatieren (S. 289 ff.) gemäß der Anregung des ehemaligen Bundesverfassungsgerichtspräsidenten *Hans-Jürgen Papier* – gegen die Rechtsprechung seines Gerichts (BVerfGE 8, S. 105 ff., S. 121).

Ein differenziertes Bild vermittelt dieses Buch mit vielen Informationen. Es gilt vor allem, doch nicht nur für die Berichte aus der Praxis. In Sachen Europa leiden die Darstellungen unter der Dynamik der Entwicklung. Da ist oft wichtiger, ob EU-Repräsentanten nicht mehr von *Angela Merkels* Gnade abhängen, damit der Parlamentarisierungsprozess weiter voranschreitet. Trotz dieser und anderer Anmerkungen: Es ist ein empfehlenswerter Sammelband.

Erich Röper

Der Zeitpunkt der Wahlentscheidung: neue Methoden der Messung für Wissenschaftler und Wahlkämpfer

Plischke, Thomas: Wann Wähler entscheiden. Abläufe von Entscheidungsprozessen und der Zeitpunkt der Wahlentscheidung (Studien zur Wahl- und Einstellungsforschung, Bd. 26), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2014, 334 Seiten, € 59,-.

Thomas Plischke stellt in seiner Dissertation neue Methoden zur Messung von Entscheidungszeitpunkten der Parteiwahl vor und schließt damit eine wesentliche Forschungslücke. Während bis in die 1980er Jahre hinein weite Teile der wahlberechtigten Bevölkerung als Stammwähler der beiden so genannten großen Volksparteien CDU und SPD galten, wird seitdem eine stetig abnehmende Parteiidentifikation (Dealignment) diagnostiziert, die mit einer erhöhten Wechselbereitschaft der Wähler zu anderen Parteien korrespondiert. Daraus folgt, dass sich aufgrund einer veränderten, ambivalenteren Entscheidungssituation der Entscheidungszeitpunkt von ehemals früh (etliche Monate vor der Wahl) auf spät (wenige Tage vor der Wahl) verschoben hat. Konventionelle Modelle der Wahlentscheidung zum Beispiel auf Grundlage einer Parteiidentifikation sind heutzutage jedoch nur schlecht in der Lage, die Beweggründe für späte Wahlentscheidungen zu erklären. Galten Späterscheider bisher als wenig politisch interessiert, so zeigt *Plischke* nun, dass ihren Entscheidungen durchaus sehr rationale Prozesse zugrunde liegen können. Er führt dies vor allem auf eine heutzutage wesentlich ausdifferenziertere Parteienlandschaft zurück. Insbesondere weil Späterscheider als ein sehr unberechenbares und zugleich wahlentscheidendes Wählersegment gelten, dürfte *Plischkes* Arbeit für die Wahlkampfforschung von großem Interesse sein.

Für sogenannte Frühscheider widerlegt er zudem die bisherige Annahme, dass diese gegenüber jeglicher persuasiver Wahlkampfkommunikation immun seien und weist stattdessen nach, dass sie theoretisch durchaus beeinflussbar sind, jedoch faktisch nicht beeinflusst wurden. Dies ist insofern interessant, als es ein neues Licht auf zukünftige Wahlkampfstrategien wirft, weil Frühscheider nicht mehr länger als wechselresistent gelten